



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 245/GP

22.12.2017

**Huml verstärkt Kampf gegen Drogen - Bayerns Gesundheitsministerin:
Über Gefahren durch Crystal und Cannabis muss intensiv aufgeklärt
werden - Naloxon-Modellprojekt startet 2018**

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml wird den Kampf gegen die Gefahren durch Drogen im neuen Jahr weiter verstärken. Huml betonte am Freitag: "Vor allem junge Menschen müssen intensiv über die Risiken durch Drogen aufgeklärt werden. Das gilt auch für Cannabis, dessen gefährliche Folgen noch immer von Legalisierungsbefürwortern verharmlost werden."

Die Ministerin fügte hinzu: "Ferner organisiert das Gesundheitsministerium im Juli 2018 in Regensburg eine Fachtagung zu den Themen Crystal Meth und Neue psychoaktive Stoffe. Mein Ziel ist zudem, dass die medizinische Versorgung von drogenabhängigen Menschen noch besser wird. Deshalb startet im ersten Halbjahr 2018 ein Modellprojekt zur Abgabe von Naloxon durch speziell geschulte medizinische Laien im akuten Drogennotfall. Dadurch versprechen wir uns eine wesentliche Verbesserung der Versorgung höchstgefährdeter Drogenabhängiger."

Das Projekt soll federführend von der Universität Regensburg in Kooperation mit verschiedenen Einrichtungen der bayerischen Suchthilfe an den vier Standorten Regensburg, München, Nürnberg und Augsburg durchgeführt werden. Es soll aufzeigen, unter welchen Rahmenbedingungen die Naloxon-Anwendung durch speziell geschulte medizinische Laien sicher und rechtskonform in die Angebote der bayerischen Suchthilfe integriert werden kann - auch als weitere Möglichkeit, Drogentodesfälle zu verhindern. Der Arzneistoff Naloxon dient dabei als Gegenmittel beim akuten Atemstillstand, der durch Heroinüberdosierung verursacht wird. Naloxon darf bislang nur von Ärzten angewandt werden.

Der Bayerische Landtag hatte das Naloxon-Modellprojekt auf Initiative der CSU-Landtagsfraktion Anfang Mai 2017 beschlossen. Die Kosten belaufen sich auf rund 330.000 Euro, die im Nachtragshaushalt 2018 noch vom Bayerischen Landtag genehmigt werden müssen.

Huml unterstrich ferner: "Für Heroinabhängige setzen wir auch auf einen weiteren Ausbau der ärztlichen Substitutionsbehandlung etwa mit Methadon. Substitution ist eine Überlebenshilfe! Dadurch gelingt es Betroffenen, sich gesundheitlich, aber auch sozial zu stabilisieren." Auf Drängen Bayerns hat das Bundesgesundheitsministerium die Betäubungsmittelverschreibungsverordnung (BtMVV) novelliert. Sie ist die



rechtliche Grundlage für dieses Behandlungsangebot. Die neuen Regelungen gelten seit Oktober 2017.

Die Ministerin ergänzte: "Bayern hat seit vielen Jahren mit Nachdruck dafür gekämpft, dass die bisherigen Rechtsunsicherheiten für die substituierenden Ärzte beseitigt und die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Drogensersatztherapie den modernen Erkenntnissen der Substitutionsbehandlung angepasst werden. Jetzt geht es darum, noch mehr Mediziner dafür zu gewinnen, diese wirksame Behandlung für Patienten mit Drogenabhängigkeit anzubieten."

Mittelfristig unterstützt der Freistaat die gesetzlich für die Sicherstellung der Versorgung zuständige Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB), das bestehende Behandlungsangebot für substituierte Patientinnen und Patienten wohnortnah und bedarfsgerecht weiter ausbauen.

Huml fügte hinzu: "Darüber hinaus hat das Gesundheitsministerium seine Präventionsarbeit gegen Crystal Meth weiter verstärkt. Gemeinsam mit dem Innenministerium haben wir im November 2017 die bayernweite Präventionskampagne 'Mein falscher Freund – Crystal Meth' gestartet. Sie richtet sich in erster Linie an potentielle Konsumenten, insbesondere auch an Frauen zwischen 18 bis 45 Jahren."

In diese Kampagne investierte das Gesundheitsministerium 70.000 Euro. Bei der Aufklärung über die gefährliche illegale Droge Crystal Meth setzt das Gesundheitsministerium zudem auf das Präventionsprojekt 'mindzone', das sich direkt an junge Partygänger wendet. Es wird jährlich mit rund 300.000 Euro unterstützt.

Huml verwies ferner darauf, dass Cannabis Fachleuten zufolge unverändert die mit Abstand am häufigsten konsumierte illegale Droge ist. Nach den Ergebnissen des Epidemiologischen Suchtsurveys 2015 gaben unter den 12- bis 17-Jährigen in Deutschland 7,3 Prozent an, in den letzten 12 Monaten wenigstens einmal Cannabis konsumiert zu haben. Bei den 18- bis 64-Jährigen waren es demnach 6,1 Prozent. Über die letzten 25 Jahre hinweg zeigte der Cannabiskonsum mit Schwankungen einen insgesamt zunehmenden Trend.

Für die Förderung von allen Projekten und Maßnahmen zur Suchtbekämpfung und Drogentherapie hat das bayerische Gesundheitsministerium im Jahr 2017 rund 5,6 Millionen Euro aufgewendet. Außerdem stehen in den Drogenschwerpunkten niedrigschwellige Hilfen für Abhängige wie Kontaktläden und Notschlafstellen zur Verfügung. Diese Stellen arbeiten mit den angrenzenden Hilfesystemen der Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie der Jugendhilfe zusammen.